

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

207 · Januar 2008

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

aus dem Inhalt

VorSatz	3
Europa in der Welt	
ARNE C. SEIFERT 15 Jahre Transformation in Zentralasien und die OSZE	10
THEOCHARIS N. GRIGORIADIS Geschäftsdiplomatie und EU-Regulierungspolitik in der deutsch-russischen Erdgaspartnerschaft	22
Linke in Lateinamerika	
JÖRG ROESLER Der »historische Lohn«. Kubas Erfahrungen mit einem (fast) bedingungslosen Grundeinkommen	28

VorSatz

Noch bis 2009 – so sieht es der ordentliche Wahlrhythmus vor – soll die »Große Koalition« aus CDU/CSU und SPD eigentlich halten, doch die CDU trommelt schon jetzt zum Großen Lagerwahlkampf. »Liebe SPD: Finger weg von den neu lackierten Kommunisten!«, fleht und droht CDU-Generalsekretär Pofalla, und CSU-Chef Huber sieht »eine Katastrophe für unser Land« heranrollen, wenn »ein Bundeskabinett aus Beck und Nahles, Roth und Trittin, Lafontaine und Gysi« regiert. Am gleichen Tag – dem 4. Dezember 2007 – verkündet die zum Springer-Verlag gehörende PIN AG, dass sie als Antwort auf die von Union und SPD beschlossene Vereinbarung eines Mindestlohnes im Briefzustellergewerbe (eigentlich sind es zwei Mindestlöhne, denn es gibt 18 Jahre nach dem Anschluss der DDR an die BRD – vulgo: der »Herstellung der deutschen Einheit« – einen für den Westen und einen »natürlich« niedrigeren für den Osten, aber das soll an dieser Stelle gar nicht weiter ausdiskutiert werden) – dass sie also wegen des Mindestlohnes sofort 1 000 Stellen streichen wird. Damit sieht sich die Union nicht nur in ihrer Gegnerschaft zu einem gesetzlichen Mindestlohn, wie ihn DIE LINKE seit langem und die SPD seit kürzerem fordern, bestätigt, sondern damit erhält auch der Kurs neoliberaler Erpressung der gesamten Gesellschaft eine neue Qualität. Denn was sagt denn diese Streichung von 1 000 Stellen? Erstens, dass der ganze Laden überhaupt nur auf Löhne der Arbeiter gegründet ist, von denen man nicht leben kann. Zweitens, dass der Konzern also mit Selbstverständlichkeit davon ausgeht, dass seine Arbeiter nur als »Aufstocker« ihren Lebensunterhalt fristen können – also als Menschen, die trotz Vollzeitarbeit noch ALG II erhalten. Und drittens, dass damit der Konzern seine Gewinne nur deshalb macht, weil seine Angestellten vom Steuerzahler mitbezahlt werden, denn ALG II ist Steuergeld. Im Klartext: Der derzeit viel diskutierte Lokführer zahlt von seinen Steuern den PIN-Arbeiter und bekommt zugleich zu hören, dass er sich in seinen Lohnforderungen gefälligst zurückhalten solle, denn es gäbe ja viele, die viel weniger bekämen – zum Beispiel die PIN-Arbeiter.

Ich weiß, ich weiß: Vergleichende Blicke in die Vergangenheit sind in Deutschland verpönt. Da wir uns in der Redaktion der »UTOPIE kreativ« aber dessen bewusst sind, dass der 30. Januar 2008 der 75. Jahrestag des In-den-Sattel-Hebens der Hitler-Diktatur ist, erlauben wir uns, Gedanken zu haben sowohl zur von der 1931/32 regierungsseitig gewollten Verschärfung der in der Weltwirtschaftskrise ohnehin unerträglich gewordenen sozialen Gegensätze wie

auch dazu, dass in jenen Jahren die Beschwörung der »roten Gefahr« zum alltäglichen, zum aggressiven Handeln aufrufenden Kampfbegriff entwickelt worden ist – mit, wie bekannt, verheerenden Wirkungen zunächst für die Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Linke, später für das nun tatsächlich in der Katastrophe endende ganze Land.

Unzeitig, solche Gedanken? Völlig an den Haaren herbei gezogen? Es wäre schön, wenn es so wäre. Dann könnte man auch gelassen solche Attacken ad acta legen, wie sie »UTOPIE kreativ« im Oktober von Seiten des »Cicero«-Chefredakteurs Wolfram Weimer in den »Potsdamer Neuesten Nachrichten« erleben durfte. Unsere Autorin Elke Scherstjanoi hatte in unserem Heft 204 im Rahmen eines ausführlich argumentierenden Aufsatzes folgenden Satz formuliert: »Wer heute noch mehr Würdigung für die Opfer der SED-Diktatur wünscht, scheint sich der Tatsache (und der DDR-Erfahrung) nicht bewusst zu sein, dass eine ununterbrochen auf Schrecken und Betroffenheit setzende Gedenkstättenpädagogik letzten Endes viel Überdross erzeugt.« Weimer hatte diesen Satz für seinen Kommentar in der erwähnten Zeitung wie folgt zurechtgestutzt, aber als Zitat aus unserer Zeitschrift ausgegeben: »Wer heute noch mehr Würdigung für die Opfer der SED-Diktatur wünscht, scheint sich der Tatsache nicht bewusst zu sein, dass eine Gedenkstättenpädagogik viel Überdross erzeugt.« Womit dann reibungslos dem Zweck des ganzen Kommentars Genüge getan war: nachzuweisen, wie sehr die Linke am »Tag der deutschen Einheit« stört. erinnert sich noch jemand an Tucholskys »Und durch Deutschland geht ein tiefer Riss«? Fällt auch in die Zeit vor 75 und mehr Jahren.

Aber »UTOPIE kreativ« wird auch ganz anders wahrgenommen, und das macht uns Mut über den Tag hinaus. Schon seit vier, fünf Jahren können wir uns über eine deutliche Verjüngung unserer Autorinnen- und Autorenschaft freuen – ein sehr bemerkenswerter Vorgang für eine Zeitschrift, die ganz wesentlich von den unverlangt eingehenden Manuskripten lebt und keine Honorare zu zahlen in der Lage ist. Und gleich mit diesem Januarheft können wir auch ein Resultat der Internationalisierung des jünger gewordenen Verfasserkreises vorlegen: Aus Berkeley erreichte uns ein Aufsatz zur deutsch-russischen Erdgaspartnerschaft, und auf unsere Nachfrage, wie der Autor denn auf »UTOPIE kreativ« gekommen war, fragte dieser ganz ungläubig zurück, ob wir denn nicht wüssten, dass wir dort als besonders wichtige »Stimme aus dem postsozialistischen Raum« gelten?

So sind wir also bei Heft 208, und im Heft 210 im März begehen wir den 125. Todestag von Karl Marx sowie den 125. Geburtstag von Paul Levi, aber der Anlässe fürs Weitermachen sind natürlich noch viele mehr, und so laden wir erneut und immer wieder zum Mitmachen ein und freuen uns aufs Gelesenwerden und gute Zusammenarbeit.

WOLFRAM ADOLPHI

JÖRG ROESLER

Der »historische Lohn«

Kubas Erfahrungen mit einem (fast)
bedingungslosen Grundeinkommen

Einleitung

Die gegenwärtige Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) zeichnet sich durch eine Vielfalt von Argumenten für und wider aus. Oftmals mit Leidenschaft vorgetragen, prallen die Meinungen der Anhänger und Gegner hart aufeinander. Beide Seiten, Befürworter wie Gegner glauben, »die Klassiker«, insbesondere Marx, auf ihrer Seite zu haben¹ und sind bemüht, das mit jeweils »richtigen« passenden Zitaten zu beweisen². Während die Befürworter davon überzeugt sind, dass sich für die Einführung des BGE nicht nur die Intellektuellen gewinnen lassen, sondern auch das Volk dafür mobilisiert werden kann, wenn man es nur genügend über den »Zwangscharakter der Arbeitsgesellschaft« aufgeklärt hat³, weisen die Gegner auf Umfragen hin, die von seiner Ablehnung durch eine Mehrheit der Bevölkerung sprechen.⁴ Während die Gegner des BGE dessen gesellschaftliche Verträglichkeit (Erhalt der Reproduktionsfähigkeit) sowie seine praktische Finanzierbarkeit in Frage stellen⁵, sprechen die Befürworter über die Unsicherheit derartiger Voraussetzungen⁶ bzw. verlangen beim Blick auf die Zukunft mehr Unbekümmertheit⁷. Die Befürworter des BGE sind optimistisch, dass in Zukunft bei verwirklichtem »Recht auf Lebensunterhalt« für jedermann soviel Erwerbsarbeit wie die Gesellschaft zur Zeit (noch) braucht, auch angeboten wird, die Gegner fürchten, »dass bei Einführung dieser Sicherung niemand mehr arbeiten würde.«⁸

Die Liste der gegensätzlichen Interpretationen könnte fortgesetzt werden.

So interessant und teilweise auch spannend es ist, diese Auseinandersetzungen zu verfolgen, so drängt sich bei weiterer Lektüre doch der Eindruck auf, dass die Diskussion auf einen Punkt zusteuert, an dem unversöhnlich Meinung gegen Meinung steht und ein weiterer Fortschritt in der Debatte nicht mehr möglich ist – es sei denn, es werden neue Elemente in die Diskussion eingeführt.

Aus der Geschichte lernen?

Eines dieser neuen Elemente könnte im Rückgriff auf Diskussionen bestehen, die zum Thema Grundsicherung (negative Einkommenssteuer) bzw. Grundeinkommen (Sozialdividende)⁹ bereits in der Vergangenheit geführt wurden. Krätke hat darauf aufmerksam gemacht, dass ein ähnliches Projekt wie das BGE »während der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre« propagiert wurde »und Massen in organisierte Bewegung gebracht hat«¹⁰. Engler weist auf eine starke

Jörg Roesler – Jg. 1940, Prof. Dr., Wirtschafts-historiker, Mitglied der Leibniz-Sozietät, Vorlesungen an der Universität der Künste Berlin; zuletzt in UTOPIE kreativ: Der Relativlohn. Jürgen Kuczynskis Instrument zur Einschätzung der Lage der arbeitenden Klassen und die Situation in der Bundesrepublik heute, H. 172 (Februar 2005).

1 Katja Kipping: Ist Marx ein Muss für die neue Linke?, in: UTOPIE kreativ, Heft 196 (Februar 2007), S. 126-131.

2 Kritisch zu dieser Art des Herangehens: Judith Dellheim: Zur Debatte um Grundsicherung und Grundeinkommen, in: UTOPIE kreativ, Heft 187 (Mai 2006), S. 427.

3 Wolfgang Engler: Bürger, ohne Arbeit. Für eine radi-

Strömung zugunsten eines Grundeinkommens unter den amerikanischen Ökonomen in den späten 1960er Jahren hin. Die Vorschläge, die die Keynesianer damals machten, liefen auf eine negative Einkommenssteuer hinaus. Erreicht wurde von ihnen immerhin, dass sich unter Präsident Johnson Regierungskommissionen mit dem Thema beschäftigten und unter dessen Nachfolger Nixon sogar ein entsprechender Gesetzesentwurf erarbeitet wurde. Engler erwähnt dies.¹¹ Er begnügt sich allerdings damit, darauf hinzuweisen, dass es diese Diskussionen und Aktivitäten gegeben hat. Wichtig im Sinne der Anreicherung der aktuellen Debatte wäre es, die Auffassungen der Anhänger *und* der Gegner von damals noch einmal aufzuarbeiten.

Besser noch wäre es allerdings, wenn für die Weiterführung der Diskussion auch praktische Erfahrungen mit Grundsicherung bzw. Grundeinkommen ausgewertet werden könnten. Das scheint im ersten Moment allerdings nicht mehr als ein frommer Wunsch zu sein. Denn im Kapitalismus als einer Gesellschaft, die – zumindest bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts –, auf Lohnarbeit beruhte, dürfte es eigentlich nicht möglich sein, jemals im Maßstab einer nationalen Ökonomie ein Projekt, das »einen radikalen Bruch mit der Arbeitsgesellschaft darstellt« (Engler), zu realisieren. Und doch hat es so etwas gegeben: das auf einem garantierten »Recht auf Leben« basierende Speenhamlandsystem, benannt nach dem Ort seines Entstehens, galt in Großbritannien für fast vier Jahrzehnte, von 1795 bis 1834. Heute würden wir es als eine Variante der negativen Einkommenssteuer bezeichnen. Karl Polanyi, der in der neueren sozialwissenschaftlichen Literatur wohl die ausführlichste Darstellung und tiefstsinngigste Begründung zum Speenhamlandsystem geliefert hat,¹² geht allerdings nur am Rande und mit polemischem Unterton auf die Folgen dieses ersten ernsthaften Abschieds von der Arbeitsgesellschaft ein. Nur flüchtig widmet er sich der Frage, wie es ausgerechnet während der industriellen Revolution, als sich die kapitalistische Arbeitsgesellschaft ihre eigene materielle Basis schuf, zu diesem »Ausrutscher« in einer Gesellschaft kommen konnte, indem es dem Einzelnen überlassen blieb, ob er Erwerbsarbeit leisten wollte oder nicht. Wenn ich die wenigen Hinweise Polanyis dazu richtig interpretiere, dann war die Ursache für die rasche Verbreitung des zunächst nur mit Rücksicht auf lokale Bedürfnisse entwickelten Speenhamlandsystems im gesamten England ursprünglich die Furcht vor politischen Unruhen.¹³ Im Falle einer französischen Invasion, mit der die britische Regierung damals rechnen musste, wurde ein sozial befriedetes Hinterland benötigt.

Was den Sozialismus betrifft – es interessiert hier ebenfalls nur der »real existierende« bzw. existiert habende –, so war er nicht weniger eine Arbeitsgesellschaft als der Kapitalismus, nach der Auffassung einiger Linker sogar deren verschärfte Variante: »Im zusammengebrochenen Realsozialismus«, schreibt Karl Reitter, »war sie (die Erwerbsarbeit – J. R.) eben die staatlich durchgesetzte Zwangsarbeit. ... In dieser Hinsicht gleicht die implodierte Staatsplanwirtschaft dem Kapitalismus: Die Herrschaft definiert Arbeit und bestimmt die Umstände, unter denen sie auszuüben ist. Wer sich diesem Diktat nicht unterwirft, wird als asozial abgeurteilt.«¹⁴ In der Geschichte

kale Neugestaltung der Gesellschaft, Berlin 2006, S. 111-120, 144-151.

4 Jens-Eberhard Jahn: Zur Akzeptanz von Grundsicherung und Grundeinkommen in der Mitgliedschaft der Linkspartei.PDS, in: UTOPIE kreativ, Heft 195 (Januar 2007), S. 41-46.

5 Ulrich Busch: Schlaraffenland – eine linke Utopie? Kritik des Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens, in: UTOPIE kreativ, Heft 181 (November 2005), S. 989.

6 Nino David Jordan: Schlaraffenland oder Hungersnot? Wider die gefällige Konstrastierung, in: UTOPIE kreativ, Heft 188 (Juni 2006), S. 529.

7 Karl Reitter: Grundeinkommen statt Schlaraffenland. Eine Antwort auf Ulrich Busch, in: UTOPIE kreativ, Heft 188 (Juni 2006), S. 534.

8 Lutz Brangsch: Grundsicherung: Ein vergessenes PDS-Konzept, in: UTOPIE kreativ, Heft 187 (Mai 2006), S. 426.

9 Zu den Begriffen detaillierter: Engler, a. a. O., S. 122-125.

10 Michael Krätke: Steuern und Grundrechte: Das Recht auf ein Existenzminimum, in: UTOPIE kreativ, Heft 196 (Februar 2007), S. 109.

11 Engler, a. a. O., S. 128-129.

12 Karl Polanyi: The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time, Boston 1957, S. 75-85.

- 13 Ebenda, S. 81.
 14 Reitter, a. a. O., S. 532.

15 Silvia Martinez Puentes: Kuba – mehr als nur Träume. Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften im materiellen, moralischen und humanitären Werk der kubanischen Revolution, Schkeuditz 2006.

16 Victor Bulmer-Thomas: The Economic History of Latin America since Independence, Cambridge 2003, S. 300, 308.

17 Michael J. Twomey: Patterns of Foreign Investment in Latin America in the Twentieth Century, in: John H. Coatsworth, Alan M., Taylor (Hrsg.), Latin America and the World Economy since 1800, London 1998, S. 181.

18 Martinez, a. a. O., S. 32-33.

19 Jörg Roesler: Sozial und neoliberal zugleich? Zur Charakteristik der Wirtschafts- und Sozialpolitik linker Regierungen in Lateinamerika (Pankower Vorträge, H. 95), Berlin 2007. S. 10.

dieser Gesellschaftsordnung nach praktischen Erfahrungen mit einem System zu suchen, das die Teilnahme an der Erwerbsarbeit zur Entscheidung des Einzelnen macht, scheint grotesk. Und doch hat ein (fast) bedingungsloses Grundeinkommen im Maßstab einer sozialistischen Volkswirtschaft ungefähr ein Jahrzehnt lang existiert: nämlich zwischen 1964 und 1973 der »historische Lohn« in Kuba. Diese Periode in der kubanischen Wirtschaftsgeschichte ist heute vergessen, wird selbst in einer ausdrücklich gewerkschaftsnahen Publikation zur kubanischen Geschichte nicht erwähnt¹⁵, obwohl Ernesto Che Guevara und Fidel Castro damals zu den Befürwortern einer von Sanktionen und Kontrollen befreiten Arbeit gehörten.

Im Folgenden wird die Geschichte des »historischen Lohnes«, werden die Gründe für seine Einführung und seine Abschaffung skizziert und wird der Versuch unternommen, mit den auf Kuba gesammelten Erfahrungen vor allem zu zwei der strittigen Fragen in Zusammenhang mit dem BGE Stellung zu nehmen: der Frage nach seinen Auswirkungen auf das Verhalten der von den Fesseln und Zwängen der Lohnarbeit Befreiten und der Frage nach der gesellschaftlichen Verträglichkeit des Verzichtes auf den administrativen und ökonomischen Zwangs zur Erwerbsarbeit.

Der Aufbau des Sozialismus in Kuba und der »historische Lohn«

Die Entwicklung Kubas, des »ersten sozialistischen Landes auf dem amerikanischen Kontinent«, erweckte bei den Linken in Europa großes Interesse, das sich jedoch vor allem auf die politischen Ereignisse in der kubanischen Geschichte konzentrierte: Bewaffneter Kampf in der Sierra Madre, Befreiung Havannas, Sturz des Diktators Batista, Auseinandersetzungen mit den USA und Verkündung des sozialistischen Entwicklungsweges. Unterbelichtet blieb dabei generell die wirtschaftliche Seite. Das soll hier nicht nachgeholt werden, wohl aber ist im Rahmen des gestellten Themas die Frage zu beantworten, wie weit die Arbeitsgesellschaft in Kuba überhaupt gediehen war, bevor es zur Einführung des »historischen Lohnes« kam.

Kuba war in den 1950er Jahren eines der entwickeltsten Länder der Dritten Welt. Das Bruttosozialprodukt (BIP) der Inselrepublik lag fast 5 mal höher als das von Haiti und war knapp anderthalb Mal so groß wie das der Dominikanischen Republik, es übertraf auch das BIP Mexikos und war – knapp hinter Chile und Venezuela – das fünfthöchste Lateinamerikas überhaupt.¹⁶ Seine Wirtschaftskraft verdankte Kuba dem Zuckerrohranbau. Der Zucker hatte für Kuba etwa die gleiche Bedeutung wie für Chile das Kupfer oder das Erdöl für Venezuela.¹⁷ In den 1950er Jahren dienten 27 Prozent der kultivierten Fläche des Landes dem Zuckerrohranbau, lieferte die Zuckererzeugung 30 Prozent des Volkseinkommens. Sie beanspruchten aber auch 40 Prozent der Industrieinvestitionen.¹⁸ Ein großes Problem für Kuba waren die Schwankungen der Weltzuckerpreise, die unter den Bedingungen des in ganz Lateinamerika angewendeten »Export-Import-Modells« immer wieder zu einem unberechenbaren Auf und Ab des wirtschaftlichen Wachstums führte.¹⁹

Ein weltwirtschaftlich bedeutender Faktor wurde Kuba als Zuckerproduzent bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Auf der Insel

wurde 1838 Lateinamerikas erste Eisenbahn gebaut – nur drei Jahre nachdem die erste deutsche Strecke in Betrieb genommen worden war. Eine moderne Arbeitsgesellschaft konnte sich in Kuba 1886 nach der Aufhebung der Sklaverei entwickeln.²⁰ 1890 fand in Havana die erste Maifeier Lateinamerikas statt. Abgesehen von der Zucker- und Tabakverarbeitung spielte das Landproletariat eine besondere Rolle. 53 Prozent von den 1,9 Mill. Erwerbstätigen waren 1959 in der Landwirtschaft tätig, 17,5 Prozent arbeiteten in der Industrie. Die Zucker verarbeitende Industrie beschäftigte etwa 100 000 Arbeiter. Das war die Hälfte aller Industriearbeiter.²¹

Die relativ günstigen volkswirtschaftlichen Daten sagen nichts über die soziale Lage in Kuba vor der Revolution. Um 1960 war die Polarisierung der Einkommen in nur wenigen Ländern Lateinamerikas gleich stark bzw. ausgeprägter als auf Kuba. Während im Durchschnitt der lateinamerikanischen Staaten das ärmste Fünftel der Bevölkerung über 3,4 Prozent des jährlichen Einkommens verfügte, waren es in Kuba nur 2,1 Prozent.²² Eine verhältnismäßig hohe Arbeitslosigkeit gab es – oftmals saisonbedingt – überall dort in Lateinamerika, wo Plantagenwirtschaft dominierte. »Der Extremfall«, schreibt der Wirtschaftshistoriker Bulmer-Thomas »war Kuba, wo die Zuckerindustrie die Zuckerschläger nur für drei Monate benötigte.«²³ Ein unverdächtiger Zeitzeuge, ein katholischer Rechtsanwalt, Jose Ignacio Lassage, schrieb in einer Ende 1956/Anfang 1957 veröffentlichten Studie: »Bei all meinen Reisen durch Europa, Amerika und Afrika habe ich sehr selten Bauern angetroffen, die elender als der kubanische Landarbeiter lebten.«²⁴

Nach der Revolution und dem im April 1961 verkündeten Aufbau des Sozialismus wurde in Kuba die Arbeitslosigkeit abgebaut²⁵ und eine wirtschaftliche Strategie der raschen Entwicklung der Industrie des Landes, die unter der Losung »Los von der Monokultur Zuckerrohr« stand, eingeleitet. Mitte der 60er Jahre wurde die Politik einer überstürzten Industrialisierung als nicht bezahlbar aufgegeben. Der weitere Aufbau der Industrie sollte von nun an Schritt für Schritt erfolgen und finanziert werden aus den Erlösen der Zuckerexporte, für die seit den Verträgen vom Januar 1964 mit der UdSSR ein sicheres Absatzgebiet bis 1970 bei stabilen Preisen gefunden worden war.²⁶ Die Zuckerrohrproduktion, die in den ersten Jahren nach der Revolution stark abgesunken war, sollte, so sahen es die 1964 eingeführten Volkswirtschaftspläne vor, Jahr für Jahr gesteigert werden bis auf 10 Mill. t im Jahre 1970 und damit den Ernteertrag von 1958 (5,9 Mill. t) deutlich übertreffen.²⁷

Mit welchen Methoden die Produktionssteigerung erreicht werden sollte, darüber gab es in der kubanischen Führung unterschiedliche Auffassungen. Eine Gruppe, die von Alberto Mora, dem Außenhandelsminister repräsentiert wurde, setzte auf Mehrleistung durch materielle Interessiertheit. Eine zweite Gruppe, deren einflussreichster Vertreter Industrieminister Ernesto Che Guevara war, vertrat die Meinung, dass materielle Anreize eine auf Privateigentum gerichtete Einstellung fördern würden und so setzte er für die Erreichung der hohen Produktionsziele auf moralische Stimuli. Guevara ging 1964 in Reden und Publikationen zur Wirtschaftspolitik des sozialistischen Kuba²⁸ davon aus, dass die Identifikation der Arbeiter mit der

20 Allan Dye: Why Did Cuban Cane Growers Lose Autonomy? 1889-1929, in: Coathsworth, a. a. O., S. 323-326.

21 Martinez, a. a. O., S. 33.

22 Bulmer-Thomas, a. a. O., S. 304.

23 Ebenda, S. 306.

24 zitiert in: Martinez, a. a. O., S. 30.

25 Bis 1970 sank der Anteil der Arbeitslosen einschließlich der Unterbeschäftigten von 30,2% auf 1,3%. (Martinez, a. a. O., S. 134, 137).

26 Robin Blackburn: The Economics of the Cuban Revolution, in: Claudio Véliz (Hrsg.), Latin America and the Caribbean. A Handbook, New York/Washington 1968, S. 630.

27 Vgl. Kuba, in: Länder der Erde, Berlin 1980, S. 365.

28 Vgl. Ernesto Che Guevara: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik. (Ausgewählte Werke Bd. 3, Köln 2002).

29 Vgl. Louis A. Perez, Jr.: Cuba – Between Reform and Revolution, New York/Oxford 2006, S. 259.

30 Blackburn, S. 630.

31 »Abschiedsbrief«. Che Guevaras an Fidel Castro, in: Josef Lawrezki: Ernesto Che Guevara. Leben und Kampf eines Revolutionärs, Berlin 1974, S. 340.

32 A. Mac Ewan: Revolution and Economic Development in Cuba, London 1978, S. 235.

33 Martinez, a. a. O., S. 88-92.

34 Fidel Castro: Rede vor dem XIII. Gewerkschaftskongress, in: Granma 47/197, S. 8.

35 Zu deren Charakterisierung vgl. Engler, a. a. O., S. 122-127.

36 Im Zeitraum von 1959 bis 1975 wurden 1,5 Mil. neue Arbeitsstellen geschaffen. Die Beschäftigung wuchs jährlich um 4%. (Martinez, a. a. O., S. 136-137).

Revolution groß genug sein dürfte, dass diese – im Bestreben, zum gemeinsamen Wohl beizutragen – ohne administrativen und ökonomischen Zwang gewissenhaft, diszipliniert und effektiv arbeiten würden.²⁹ Auf einem Gewerkschaftskongress im August 1966 sprach sich auch Fidel Castro eindeutig zugunsten der moralischen Stimulierung³⁰ aus, so dass Che Guevaras Anschauungen generelle Wirtschafts- und Sozialpolitik wurden und blieben, auch wenn er bereits im April 1965 seine Funktionen in der kubanischen Kommunistischen Partei und der Regierung niedergelegt hatte, um »in anderen Ländern der Erdkugel ... den Imperialismus überall zu bekämpfen, wo er existiert.«³¹

Einmal zur Staatspolitik erhoben, hatte die Ideologie der moralischen Stimulierung beträchtliche Auswirkungen auf die Rolle des Lohnes in Kuba. Das Lohnsystem wurde zunächst »als Antwort auf die bestehende enorme Vielfalt der Lohnsysteme vereinfacht. Um »eine gewisse Einheitlichkeit der Löhne zu erreichen«, wurde die Differenzierung der Löhne nach der Qualifikation beträchtlich verringert. Gleichzeitig hob die kubanische Regierung die Bindung des Lohnes an das Produktionsergebnis auf.³² Der Geldlohn, nunmehr nicht mehr abhängig von Qualität und Quantität der Leistung, wurde zu einem Relikt der (kapitalistischen) Vergangenheit, zum »historischen Lohn«. Es lag nahe, den Begriff Lohn für die staatlichen Zahlungen zum Lebensunterhalt auch dem Namen nach abzuschaffen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die tarifliche Entlohnung im Ergebnis harter Kämpfe zwischen den Gewerkschaften und Unternehmern Ende der 30er und Anfang der 40er Jahre errungen worden war³³, »entschied man sich grundsätzlich, keine radikalen Veränderungen vorzuschlagen, denn viele historische Löhne hatten einen berechtigten Ursprung und gründeten sich auf das Vertrauen der Arbeiter in die Revolution.«³⁴

Zusammen mit einer ganzen Palette unentgeltlicher Dienstleistungen z. B. für die Versorgung mit Wasser und elektrischem Licht, für die Benutzung des städtischen Nahverkehrs und für die Mietwohnung besaßen alle Kubaner, die über einen Arbeitsplatz verfügten – und auf den hatten sie ein Anrecht –, über auskömmliche Verdienste. Wenn diese Zahlungen auch noch aus Gründen der Rücksichtnahme auf ältere Genossen und der Pietät vor ihren Leistungen Lohn hieß, so war es de facto ein Grundeinkommen vom Charakter der Sozialdividende.³⁵ Formal war die Ausgabe des finanziellen Teils des Grundeinkommens an eine Bedingung gebunden – die Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses. Dieses zu erreichen, war im revolutionären Kuba Mitte der 60er Jahre ganz im Gegensatz zum vorrevolutionären kein ernsthaftes Problem mehr.³⁶

Wie wirkte sich das (fast) bedingungslose Grundeinkommen auf die Haltung der Kubaner zur Erwerbsarbeit aus? Zunächst einmal ist festzustellen, dass für die Zuckerrohrernte von Jahr zu Jahre eine immer größere Anzahl von Arbeitskräften benötigt wurde, nicht nur, weil der Zuckerrohrbau ausgedehnt wurde, sondern auch, weil die Leistung des einzelnen Arbeiters sank. Während der Zuckerkampagne 1970 wurden zwar nicht die angestrebten 10 Mill. t, wohl aber 8,4 Mill. t eingefahren, 2,5 Mill. t mehr als vor der Revolution (1958). Die Ernte machte aber im Vergleich zu den 50er Jahren den

Einsatz eines Mehrfachen an Arbeitskräften (2,1 Mill. statt 350 000) nötig.³⁷

Die Produktivität war nicht nur in der Zuckerindustrie abgesunken.

Aber Anfang der 70er Jahre stellte Fidel in einer wirtschaftspolitisch bemerkenswerten Rede auf dem XIII. Kongress der Kubanischen Gewerkschaften vom November 1973 rückblickend fest: »dass wir viel mehr Arbeitskraft einsetzen, als es die Kapitalisten taten, um die Fabriken mit geringerer Effizienz zu handhaben, als es die Kapitalisten taten.«³⁸ Worauf der Produktivitätsrückgang (ermittelt aus dem Verhältnis der beschäftigten Arbeitskräfte zum Produktionsergebnis) in erster Linie zurückzuführen war, ergab sich aus Untersuchungen, die Ende der 60er Jahre seitens der Wirtschaftsministerien durchgeführt wurden. Danach fielen z. B. 1969 in der Bauindustrie 17 Prozent der Arbeitsstunden aus. Ob dies das Ergebnis einer größeren Zahl zeitweiliger oder einer kleineren Zahl dauerhafter »Aussteiger« war, ist nicht überliefert. Letzteres ist anzunehmen, wenn man bedenkt, dass eine Untersuchung in 200 Staatsbetrieben, die während der Jahre 1968 und 1969 durchgeführt wurde, ergab, dass die Produktionsstätten bis zu 40 Prozent der Arbeitszeit still lagen. – »Bummelantentum« wurde zwar nicht als einzige, aber zumindest als Hauptursache für die Produktionssausfälle vermerkt.³⁹

Die »Herren der Arbeit« (Engler) auf Kuba standen vor einem Dilemma: Sie hatten auf »Machtmittel« der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft wie Arbeitsnormen, Leistungslohn usw. verzichtet, voller Zuversicht, dass die von der Ausbeutung befreiten Kubaner, statt der Not gehorchend, Erwerbsarbeit zu leisten, aus freier Entscheidung ihr Bestes für den Aufbau eines sozialistischen Kuba geben würden, wenn man ihnen nur die Zusammenhänge klar mache und mit gutem Beispiel vorangehen würde. (Zu diesem Zweck waren u. a. Fotos mit Che Guevara beim Schlagen des Zuckers, bei der Verrichtung von Transportarbeiten usw. in den kubanischen Medien verbreitet und entsprechend kommentiert worden.⁴⁰

Wohl in der Hoffnung, dass die Einsicht der Werktätigen mit der Erziehung zum neuen Menschen von Jahr zu Jahr wachsen würde oder auch im Ergebnis wachsender Verunsicherung der Führung, weil die von ihr propagierte Strategie zu wenig Akzeptanz fand, wurde zunächst am historischen Lohn nicht gerüttelt.

Da unter den Bedingungen des (fast) bedingungslosen Grundeinkommens die Zuckerrohrernte durch die professionellen Macheteros nicht mehr bewältigt werden konnte, ging man dazu über, zusätzlich Freiwillige einzusetzen. Deren Zahl schwoll von Jahr zu Jahr an. 1966 waren es 106 000, 1967 233 000, 1968 281 000. Im Jahre 1966 waren die größte Gruppe der Freiwilligen – etwas mehr als ein Viertel – »Angestellte aus verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft«. 1968 stellten Studenten und Oberschüler mit 160 000 über 50 Prozent der zusätzlichen Arbeitskräfte, die benötigt wurden, um den Rückgang an »Erwerbsarbeitwilligen« im Zuckersektor auszugleichen.⁴¹ Dies war aber auf Dauer keine Lösung. Betriebe bemühten sich, mit Anwesenheitsprämien ihre Arbeiter zu locken. Auch wurde versucht, die vollständige Ausführung volkswirtschaftlich notwendiger Arbeiten mit administrativen Mitteln zu erzwingen. Im Kampf

37 Mac Ewan, a. a. O., S. 115.

38 Castro, a. a. O., S. 8.

39 Vgl. Jürgen Kuczynski: Probleme der Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft in Kuba, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1/1971, S. 34-35.

40 Vgl. Lawrezki, a. a. O., S. 297, 299.

41 O. Darusenkov, B. Gorbačev, V. Tkačenko: Kuba – ostrov sozidanija, Moskau 1975, S. 173.

gegen die Arbeitsbummelei führte die kubanische Regierung Ende der 60er Jahre strenge Strafen ein und stellte einige für das Funktionieren der kubanischen Wirtschaft besonders wichtige Arbeiten unter die Kontrolle der Armee. Das Ergebnis blieb hinter den Erwartungen zurück.⁴²

42 Mac Ewan, a. a. O., S. 147.

Zu Beginn der 70er Jahre setzte sich unter den Führern der kubanischen Revolution die Erkenntnis durch, dass man mit der »Historisierung« des Lohnes versucht habe, »weiter voranzugehen, als möglich war«. »Egalitäre Prinzipien bei der Ausführung der Arbeit selbst anzuwenden, unabhängig von der produktiven Anstrengung«, führte Fidel Castro auf dem XIII. Gewerkschaftskongress aus, »dies ist ein ... Prinzip, das wir korrigieren müssen.« Der Gewerkschaftskongress beschloss nach gründlicher Diskussion Thesen, in denen »neue Lohnabstufungen«, die »Bindung des Lohns an die Produktion auf verschiedenen Wegen« und letztendlich die »Abschaffung des historischen Lohnes« gefordert wurde. In Auswertung des Gewerkschaftskongresses wurde »die Neuordnung der Lohnskala, die Revision der Qualifikations-Kriterien, die Verbesserung der Bezahlung bei außergewöhnlichen Arbeitsbedingungen, die Durchführung der Entlohnung nach Arbeitsleistung, Anhebung der Lohnskala in denjenigen Produktionseinheiten, die zur technischen Organisation und Normierung der Arbeit übergehen, beschlossen.« In diesem Zusammenhang wurde auch der Übergang von den bisher geltenden »weichen« erfahrungsspezifischen zu »harten« wissenschaftlich-technischen Arbeitsnormen verlangt.⁴³

43 Castro, a. a. O., S. 8-9.

Was kann man aus den kubanischen Erfahrungen lernen?

Auf immerhin zwei der in der aktuellen Diskussion zum BGE heiß umstrittene Fragen kann die Periode des »historischen Lohnes« in Kuba eine Antwort geben: erstens auf die Frage, welche Haltung die Betroffenen zur Erwerbsarbeit unter den Bedingungen eines auskömmlichen Bürgergeldes einnehmen würden und zweitens auf die Frage nach der gesellschaftlichen Verträglichkeit einer Existenzfinanzierung, »in der Hunger direkt zum Essen führt«⁴⁴, de facto ohne den Umweg über »Arbeitsfron«, die die körperlich schwere Arbeit bei der Ernte des Zuckerrohrs ganz gewiss war.

44 Engler, a. a. O., S. 127.

Die kubanische Erfahrung spricht gegen die Befürchtung, dass nach Einführung des BGE niemand mehr arbeiten würde.⁴⁵ Jedoch hat ein signifikanter Teil der erwerbstätigen Kubaner den historischen Lohn, wie von Busch bei Einführung des BGE vermutet⁴⁶, vor allem als Konsumgeld betrachtet.

45 So interpretiert Jordan Busch (Jordan, a. a. O., S. 528).

46 Busch, a. a. O., S. 983.

Zweitens lässt sich am kubanischen Beispiel nachweisen, dass der Zusammenhang zwischen der Summe der geleisteten (Erwerbs-)arbeit und der Reproduktion gesellschaftlichen Reichtums nicht einfach wegdiskutiert werden kann. Um Zucker zu produzieren und mit seinem Export die Volkswirtschaft in Gang zu halten, mussten die kubanischen »Herren der Arbeit« auf jenes Arbeitskräftepotential zurückgreifen, auf das sie noch Einfluss hatten – teilweise ideologischen, vor allem aber wohl administrativen Einfluss. Wenn man so will, dann waren die 281 000 Freiwilligen des Jahres 1968 Voraussetzung dafür, dass die 350 000 Zuckerrohrarbeiter sich zwischen Engagement in der Erwerbsarbeit bzw. Verzicht auf Erwerbsarbeit

frei entscheiden konnten. Ohne die mehr oder weniger freiwilligen Helfer wäre in der zweiten Hälfte der 60er Jahre die kubanische Wirtschaft wahrscheinlich zusammengebrochen. Damit hätte auch die Bezahlung unabhängig von Umfang und Intensität der Erwerbsarbeit ein jähes Ende gefunden. Eine Rückkehr zum Kapitalismus hätte das kubanische »Bürgergeld« keine vier Wochen überdauert.

Angesichts der Gefahr einer Rückkehr zur Arbeitsgesellschaft kapitalistischen Typs mit Niedriglohn und Massenarbeitslosigkeit blieb der kubanischen Führung unter Fidel Castro nur noch – in den Augen der Führung damals vermutlich als geringeres Übel – die Akzeptanz der sozialistischen Arbeitsgesellschaft, der Abschied von der sozialen Utopie des »historischen Lohns« und dessen Umwandlung in einen leistungsbezogenen Arbeitslohn.

Zitate aus der aktuellen Diskussion:

Das BGE unterscheidet sich ... maßgeblich durch vier Kriterien – allgemeiner Rechtsanspruch und staatliche Garantie, existenzsichernde Höhe, Ausschluss einer Dürftigkeitsprüfung sowie Ausschluss jeglicher Verpflichtung zur Arbeit – von den bestehenden sozialen Sicherungssystemen. (*Busch, a. a. O., S. 983*)

Es klingt ja wirklich faszinierend: Alle haben ein ausreichendes Grundeinkommen, sie können arbeiten was sie wollen, wenn sie wollen. (*Ursula Mieth, Auerbach, Leserschrift im »Neuen Deutschland« vom 12. 2. 2007*)

Es steht daher nicht zur Debatte, ob ein Grundeinkommen denn möglich wäre, die Debatte kreist um die Frage, wie universell und wie »bedingungslos« ein solches Einkommen sein sollte und auf welcher Höhe es sich bewegen dürfte. (*Krätke, a. a. O., S. 111*)

Arbeiten soll der, dem es Spaß macht, konsumieren, aber sollen alle. Die Forderung eines »Rechts auf Arbeit« erscheint mithin als überflüssig, die Anerkennung des »Verbrauchs als eines Menschenrechts« hingegen nicht. (*Busch, a. a. O., S. 986*)

Die Unterstellung, keiner würde mehr arbeiten, obwohl das Grundeinkommen ein sehr einfaches und eben gerade dadurch so elegantes Konzept ist, muss die Genauigkeit der Folgenabschätzung aber zwangsläufig durch die Komplexität der Sache beschränkt sein. Hier spielen einfach zu viele Faktoren mit hinein, als dass die Wirtschaftswissenschaften, deren Prognosen ohnehin allzu oft nicht Bestätigung finden, diese vorab vollends ergründen könnten. (*Jordan, a. a. O., S. 529*)

Lass Dir also nicht einreden, dass alle Aktivität an Erwerbsarbeit gekettet ist, in Arbeit aufgeht! Beginne etwas, verwickle andere in deine Pläne, lass dich in ihre verwickeln; für dein Leben ist gesorgt! (*Engler, a. a. O., S. 150*).

Wer nicht arbeitete, musste trotzdem Geld erhalten, Konsumgeld statt Arbeitsgeld, ansonsten stockte der Reproduktionsprozess an seiner empfindlichsten Stelle, der Realisierung des Produzierten am Markt. (*Engler, a. a. O., S. 127*)

Schließlich versprechen die linken Befürworter des Grundeinkommens Freiheit vom Zwang zur Lohnarbeit. Diese Freiheit kann aber immer nur eine Freiheit für wenige sein. In jeder Gesellschaft besteht die Notwendigkeit zur Arbeit. Gesellschaftlicher Reichtum

wächst nicht auf Bäumen. Der entspricht vielmehr der Summe der produzierten Güter und Dienstleistungen und beruht auf lebendiger Arbeit leibhaftiger Menschen. Jeder Sozialtransfer muss aus dieser laufenden Wertschöpfung erwirtschaftet werden. (*Martin Künkler, Mitarbeiter der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen in Berlin, in: ND v. 1. 2. 2007*)

Das Grundeinkommen bedeutet eine Revolution – ähnlich wie der Übergang zu einer demokratischen Wirtschaftsordnung oder zu einem Marktsozialismus. Es bedarf daher auch einer Revolution, um es zustande zu bringen. (*Krätke, a. a. O., S. 121*)

Kubanische Zitate

Quelle: Castros Rede am 17. November 2005 in der Aula magna der Universität Havanna, in: Fidel Castro, Felipe Perez, Roque, Heinz Dietrich: Kuba – nach Fidel. Kann die Revolution überleben? Berlin 2006.

Es ist auch erklärlich, warum wir heute kein Zuckerrohr schlagen, es ist keiner da, der es schlägt. (S. 58)

Ich will nicht theoretisieren; aber ich habe eine Unzahl von Beispielen, dass man bei vielen Dingen, die gemacht wurden, immer daneben gehauen hat und zwar diejenigen, die als Theoretiker angesehen wurden, die durch und durch die Bücher von Marx, Engels, Lenin und anderen studiert hatten. ... Einer unserer größten Fehler zu Beginn und oft auch im Verlaufe der gesamten Revolution war zu glauben, dass irgendjemand wisse, wie der Sozialismus aufgebaut werden könne. (S. 63-64)

Letzten Endes waren wir doch Zeugen vieler Fehler und haben sie nicht einmal bemerkt. (S. 63)

Wir müssen ... den Mut haben, unsere eigenen Fehler einzugestehen, denn nur so können die Ziele erreicht werden, die erreicht werden sollen. (S. 55)

Wir müssen die größtmögliche Rationalität bei dem Arbeitsentgelt ... anwenden. Subventionen oder Unentgeltlichkeit nur bei essentiellen und lebenswichtigen Dingen. Weder bei den medizinischen Dienstleistungen noch denen der Bildung oder ähnlichen anderen werden wir Bezahlung verlangen. (S. 91)

Wir wollen, dass die Bürger dieses Landes, die zu einer Zeit zu 10 Prozent, 15 Prozent, 20 Prozent oder mehr arbeitslos waren ... von ihrer Arbeit, Rente oder Pension leben. (S. 38)

Wer arbeitet und produziert, wird mehr erhalten und mehr kaufen; wer Jahrzehnte gearbeitet hat, wird mehr erhalten und mehr Dinge besitzen. (S. 95)

Niemals werden wir diejenigen vergessen, die über so viele Jahre hinweg unsere Arbeiterklasse und Berufstätige waren, die Jahrzehnte der Aufopferung durchlebt haben. (S. 39).

Arbeit ist in der sozialistischen Gesellschaft ein Recht, eine Pflicht und Ehrensache für jeden Bürger. Die Arbeit wird nach Qualität und Quantität bezahlt. Die Vergabe von Arbeit entspricht den Erfordernissen von Wirtschaft und Gesellschaft, der Wahl des Werk tätigen, seiner Eignung und Qualifizierung. Das garantiert das Wirtschaftssystem und Sozialsystem ... (*Verfassung der Republik Kuba vom 24. Februar 1976*)